NIEDERSCHRIFT

über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 25.02.2005, 17:00 Uhr

35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50

Anwesend sind:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann, Christine	- e -
Herr Stadtrat Biver, Nico	- e -
Frau Stadträtin Dinnebier, Käte	
Herr Oberbürgermeister Möller, Dietrich	
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich	- e -
Frau Stadträtin Schultheiß, Gisela	
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr. Marlis	
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus	
Herr Stadtrat Wehrum, Heinz	
Herr Bürgermeister Vaupel, Egon	
Herr Aab, Peter	
Herr Acker, Matthias	
Herr Becker, Reinhold	
Frau Brahms, Karin	
Herr Chatzievgeniou, Pandelis	
Frau Daser, Dagmar	
Herr Hussein, Schaker	
Herr Kemmler, Jan	
Frau Lotz-Halilovic, Erika	
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer, Heinrich	
Herr Meyer, Uwe	
Herr Dr. Musket, Ralf	
Frau Schlüter-Böhm, Julia	
Frau Schröter, Roxane	
Frau Schulze-Stampe, Ursula	
Frau Seelig, Johanna	
Frau Sell, Sonja	
Herr Severin, Ulrich	
Frau Dr. Weinbach, Kerstin	
Frau Wölk, Marianne	
Frau Dersch, Christine	
Frau Gottschlich, Hannelore	
Herr Heck, Hermann	
Herr Heubel, Christian	
Frau Kaufmann, Anita	- e -
Herr Kissel, Winfried	
Herr Lohse, Ingo	
Frau Mehnert, Ute	
Frau Oppermann, Anne	
Frau Dr. Pötter, Claudia	- e -
Herr Rehlich, Jürgen	

Frau Rising Hintz, Gunilla
Frau Röhrkohl, Anni
Frau Schaffner, Karin
Herr Scherer, August
Herr Usinger, Alexander
Herr Dr. Wulff, Reimer
Frau Dr. Baumann, Petra
Herr Flohrschütz, Rainer
Herr Göttling, Dietmar
Herr Keller, Manfred
Frau Lakner, Anna Katharina
Frau Laßmann, Alev
Herr Markus, Jürgen - e -
Frau Neuwohner, Elke
Frau Perabo, Dr. Christa
Herr Schäfer, Wolfram
Frau Gottschaldt, Eva Christiane
Frau Kolter, Astrid
Herr Köster-Sollwedel, Henning
Herr Metz, Peter
Herr Faecks, Fridhelm
Herr Schwindack, Frédéric
Herr Zaun, Herbert
Herr Röllmann, Jan-Bernd
Frau Schwebel, Gerlinde
Herr Wüst, Wilfried
Herr Dr. Huesmann, Gregor
Herr Ludwig, Heinz

Entschuldigt fehlen:

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu **1** **Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer, SPD-Fraktion, eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher spricht Bürgermeister Egon Vaupel zur erfolgreichen Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Marburg im Namen des gesamten Hauses herzliche Glückwünsche aus und bedankt sich gleichzeitig bei den anderen OB-Bewerbern für den im Wahlkampf gezeigten Einsatz zum Wohle der Stadt.
Weiterhin lädt der Stadtverordnetenvorsteher alle Anwesenden zu einem kleinen parlamentarischen Umtrunk als Ersatz für einen parlamentarischen Abend im Anschluss an die Sitzung ein.

Besonders begrüßt wird die Klasse R 7 a der Theodor Heuss Schule mit ihrer Lehrerin Frau Meis, die heute als Gäste an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung teilnehmen.

zu **2** **Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Dezember 2004 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.
Die Niederschrift wird in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

zu **3** **Ergänzungen der Tagesordnung**

Dem Stadtverordnetenvorsteher liegt 1 Dringlichkeitsantrag vor. Der Antrag wurden im Hause verteilt.

Antrag der PDS/ML-Fraktion betreffend Arbeitsgelegenheiten nach SGB II, VO/0088/2005.

Die Vorlage liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.
Die Stadtverordnete Gottschaldt, PDS/ML-Fraktion, begründet die Vorlage zusätzlich mündlich und beantwortet eine Frage des Stadtverordneten Becker, SPD-Fraktion.
Gegen die Dringlichkeit der Vorlage spricht die Stadtverordnete Dr. Perabo, Fraktion B90/Die Grünen.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen nur die Stadtverordneten der PDS/ML-Fraktion die Dringlichkeit. Somit kann der Antrag nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden. Die Vorlage soll jedoch im Sozialausschuss behandelt werden und wird somit dem üblichen

Geschäftsgang zugeleitet.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher die von den Ausschüssen empfohlenen Veränderungen der Tagesordnung und die angemeldeten Aussprachen bekannt. Der Tagesordnungspunkt 8 wurde vom Magistrat zurückgezogen.
Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden aus den Reihen der Stadtverordneten nicht vorgetragen.

Die Tagesordnung gilt in dieser abgeänderten Fassung als genehmigt.

zu **4** **Fragestunde**

zu **4.1** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 1 02/2005)**
Vorlage: VO/0070/2005

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, inwiefern die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung auch innerhalb der Verwaltung bekannt sind?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sind in der Verwaltung bekannt.

Der Informationsfluss ist wie folgt gewährleistet:

- Versendung der Beschlüsse im Wege der Protokollauszüge an die zuständigen Fachdienste

- Bereithaltung der Beschlüsse im Sitzungsdienstprogramm „ALLRIS".
  Dort sind die Protokolle hinterlegt. Die Fachdienste haben Zugriff.

- Bereithaltung der Protokolle im Internet durch das Amtsinformationssystem. Es ist zugänglich über die Homepage der Stadt Marburg - Service/Rathaus - Sitzungskalender

zu **4.2** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr. 2 02/2005)**
Vorlage: VO/0071/2005

Wie ist es zu erklären, dass bei dem Internetauftritt der Stadt Marburg z. B. bei „Stadtverordnetenversammlung" alle Politikerinnen unter dem Begriff „Kommunalpolitiker" gefasst sind?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Bezeichnung „Kommunalpolitiker" wird von dem Sitzungsdienstprogramm ALLRIS vorgegeben.

Aufgrund der Anfrage haben wir hier eine Anpassung vorgenommen, so dass jetzt die Unterscheidung zwischen Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerin gemacht wird.

zu **4.3** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr. 3 02/2005)**
Vorlage: VO/0112/2005

Aufgrund des Berichtes über den demographischen Wandel in Marburg (41/2004) wird sich die Bevölkerungszahl von 2001 mit 77556 Einwohnern auf rund 72000 im Jahre 2020 zurückentwickeln; bei der Altergruppe der 20 – 40 jährigen sinkt die Zahl von 35673 im Jahre 1991 auf rund 22000 Personen im Jahre 2020. In welcher Weise gedenkt der Magistrat bei bestehenden und zukünftigen Beschlüssen diese negative Entwicklung zu beachten?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Wie in dem Bericht „Marburg 2020 – Demographischer Wandel" dargelegt, handelt es sich bei demographischen Entwicklungsverläufen um sehr langfristig angelegte Tendenzen, die sehr schwierig zu beeinflussen sind. Die Änderung von Grundüberzeugungen hinsichtlich des demographischen Verhaltens der Bevölkerung bedarf gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen, zumal die Neigung zu sehr geringen Kinderzahlen ein Trend in den meisten europäischen Ländern ist. Bei der Schaffung eines kinderfreundlichen Klimas sind Bund, Länder und Kommunen gefragt und ein sehr langer Atem, denn heute eingeleitete Maßnahmen werden sich erst nach und nach in Zeitabständen von mindestens einer Generation, d.h. mehr als 20 Jahren auswirken. Die Zusammenhänge sind in dem Bericht „Marburg 2020" detailliert ausgeführt. Marburg hat als eine der ersten Städte überhaupt auf die sich anbahnende Entwicklung reagiert und nach einer eingehenden Analyse im Oktober 2004 einen Grundsatzbeschluss in der Stadtverordnetenversammlung gefasst. Darin ist u.a. geregelt, dass künftig Beschlüsse z.B. zur Daseinsvorsorge oder zur Infrastruktur die jeweiligen Aus- und Rückwirkungen auf die demographische Entwicklung zu beachten haben. Hier wird es Aufgabe der städtischen Gremien und der Verwaltung sein, bei entsprechenden Vorlagen und Beschlüssen diese Aspekte auch tatsächlich zu beraten und zu erörtern.

Des weiteren sollen die Auswirkungen des demographischen Wandels auf kommunale Infrastrukturen weiterverfolgt werden. Hierzu werden unter Federführung des Fachdienstes Stadtentwicklung und Statistik in Zusammenarbeit mit verschiedenen Fachdiensten weitere Untersuchungen durchgeführt, die auch in einer gesonderten Arbeitsgruppe der Verwaltung erörtert werden. Da die Bearbeitung der Problematik des demographischen Wandels in unserer Stadt vergleichsweise weit fortgeschritten ist, ist Marburg mit seinem Stadtentwicklungsreferenten in mehreren überregionalen bzw. landesweiten Arbeitsgruppen zum Thema vertreten, so dass uns jeweils neueste Erkenntnisse zur Verfügung stehen, die dann auch in anstehende Beschlussvorlagen einfließen können. Zu den einzelnen Infrastrukturbereichen

wird es auf jeden Fall nach und nach weitere Vorlagen geben.

Gewarnt sei allerdings nochmals vor der Erwartung durch Maßnahmen welcher Art auch immer, kämen sie nun vom Bund, vom Land oder von der Kommune, die sich in den genannten Zahlen darstellende Entwicklung umdrehen zu können. Ziel muss sein, dafür zu sorgen, dass Familien und Kinder in der Stadt Marburg im Wettbewerb der Städte und Regionen besser dastehen und so die Intensität der Entwicklung mittel- und langfristig abgemildert wird.

zu **4.4** Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr. 4 02/2005) Vorlage: VO/0113/2005

Aufgrund meiner Kleinen Anfrage vom 19.09.2003 (Nr. 10) wurde eine aktuelle Fassung der Naturdenkmale beigefügt, der zufolge u.a. die sog. Kugeleiche seit 1999 (für 5 Jahre) vorläufig sichergestellt ist.

Welche entgültige Entscheidung hat der Magistrat getroffen?

Es antwortet der Stadtrat:

Das einstweilig sichergestellte Naturdenkmal "Kugeleiche Am Hasenküppel 18 a" befindet sich im Bereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplans 24/7. Laut Grünordnungsplan zum Bebauungsplan liegt der Standort in einem Bereich, der als "Gehölze trockener bis feuchter Standorte, Wertstufe 2" klassifiziert ist.

Parallel zur Umsetzung des B-Planes sollen auch Konzepte erarbeitet werden, wie die zu schützenden Grün-Strukturen einem formalen Schutz zugeführt werden sollen. Ausweisungen von Einzelobjekten sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend. Ob die besagte Eiche in einem flächenhaften Schutzgebiet aufgeht oder einen Einzelschutz erfährt, muss im Rahmen eines Gesamtkonzeptes überprüft werden. Konkreter, aktueller Handlungsbedarf wegen Bedrohung des Objektes wird z. Z. nicht gesehen.

zu **4.5** Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 5 02/2005) Vorlage: VO/0073/2005

Welche Informationen hat der Magistrat über die tatsächlichen Aktivitäten des Vereins Tuntonia und folgt er nicht der Leitlinie, dass städtische Zuschüsse grundsätzlich nur aufgrund nachgewiesener Leistungen gezahlt werden sollen?

Es antwortet der Stadtrat:

Der Verein Tuntonia wird – wie alle anderen ZuwendungsempfängerInnen auch – regelmäßig jährlich aufgefordert, die zweckentsprechende Verwendung des städtischen Zuschusses bis spätestens 30. April des Folgejahres nachzuweisen. Die Auszahlung der Abschläge erfolgt unter der v.g. Bedingung. Eine rückwirkende Bezuschussung der Träger hat bisher nicht stattgefunden, da die Stadtverordnetenversammlung den Haushalt – und somit auch die Zuwendungen an freie Träger – für das jeweilige laufende Kalenderjahr beschließt.

Die Verwendungsnachweise des Vereins Tuntonia für die Jahre 2002 und 2003 liegen vor, der für 2004 ist angefordert. Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Marburg hatte den Verwendungsnachweis 2002 geprüft und keine

Beanstandungen vermerkt. Da sich die Angaben im Verwendungsnachweis 2003 nicht wesentlich von denen im Verwendungsnachweis 2002 unterschieden, wurde auf eine erneute Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt verzichtet.

Zu den Aktivitäten des Vereins ist dem Magistrat bekannt, dass Tuntonia regelmäßig Veranstaltungen für Schwule durchführt (Partys, Sprechstunden, etc.).

Der Magistrat hat aber daneben bereits im Jahr 2003 davon Kenntnis erlangt, dass es in dem Verein zwischen verschiedenen (z. T. ehemaligen) Mitgliedern Auseinandersetzungen gibt. Zumindest in einem Fall musste das Landgericht Marburg über vereinsrechtliche Fragen entscheiden.
Die Stadt hat dem Verein angeboten, bei der Klärung der Verhältnisse und der Stabilisierung der Vereinsstrukturen behilflich zu sein, falls dies gewünscht ist.
Dem Verein ist deutlich gemacht worden, dass eine Bezuschussung durch die Stadt nur in Frage kommt, wenn a) die Finanzen in Ordnung sind bzw. gebracht werden und b) künftig wieder inhaltliche Arbeit im Vordergrund steht.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Rehlich und Gottschlich (CDU) werden ebenfalls durch den Stadtrat beantwortet.

zu **4.6** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr. 6 02/2005)**
Vorlage: VO/0074/2005

Werden dem Verein Tuntonia weiterhin Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt gezahlt, obwohl offensichtlich keine korrekten Verwendungsnachweise vorgelegt wurden?

Es antwortet der Stadtrat:

Die Stadtverordnetenversammlung hatte am 17. Dezember 2004 beschlossen, für den Verein Tuntonia im Haushaltsjahr 2005 einen Zuschussbetrag in Höhe von 5.000,-- € vorzusehen. Dieser Betrag wird solange nicht ausgezahlt, solange der Sachverhalt, der in dem Offenen Brief angeprangert wurde, nicht zufriedenstellend aufgeklärt ist.

zu **4.7** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Rehlich (Nr. 7 02/2005)**
Vorlage: VO/0075/2005

Überprüft der Magistrat die im offenen Brief des Vereins Tuntonia dargestellten Verhältnisse?

Es antwortet der Stadtrat:

Selbstverständlich geht der Magistrat den im offenen Brief dargestellten Anschuldigungen nach.
Erste Kontakte haben auch bereits stattgefunden.
Der Verein befindet sich offensichtlich in einer schwierigen Situation, da momentan kein handlungsfähiger Vorstand besteht. Von seiten der Stadt besteht die Erwartung, dass der Verein die Verhältnisse stabilisieren kann und zu den Vorwürfen Stellung nimmt.

zu **4.8** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jürgen Rehlich (Nr. 8 02/2005)**
Vorlage: VO/0078/2005

Wie gedenkt der Magistrat auf den offenen Brief von Tuntonia e.V. zu reagieren, in dem ausdrücklich festgestellt wird, dass man den jährlichen Zuschuss der Stadt nicht verdient?

Es antwortet der Stadtrat:

Der angesprochen „offene Brief" wurde offenbar an verschiedene Empfänger/innen geschickt. An die Stadtverwaltung ist er jedoch zunächst nicht gesandt worden, sondern wurde uns auf Nachfrage von einem Parteibüro in Kopie zur Verfügung gestellt.
Der Verfasser des „offenen Briefes" ist nach eigenen Angaben und nach Angaben des Vereins inzwischen aus dem Verein ausgeschieden.
Der Verein wurde seitens der Verwaltung aufgefordert, zu den Anschuldigungen im offenen Brief Stellung zu nehmen.
Nach unseren Informationen ist der Verein derzeit bemüht, einen neuen, handlungsfähigen Vorstand zu wählen.
Wir gehen derzeit davon aus, dass sich der Verein konsolidieren wird.
Erst nach Stellungnahme des Vereins und Überprüfung der Verhältnisse durch das städtische Rechnungsprüfungsamt kann über die Zahlung der für 2005 vorgesehenen Zuschüsse entschieden werden.
Bis zu einer solchen Klärung bleiben die Mittel gesperrt.

zu **4.9** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 9 02/2005)**
Vorlage: VO/0079/2005

Wie viele Parkplätze stehen bei Lahnhochwasser nicht mehr zur Verfügung und in welchem Umfang werden Ausweisparkplätze in welchen Bereichen zur Verfügung gestellt?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Im Bereich der Uferstraße stehen 200 und im Bereich der Lahnstraße 102 Parkplätze zur Verfügung. Es werden bei Lahnhochwasser **keine** Ausweichparkplätze zur Verfügung gestellt.

Bei Lahnhochwasser tritt jedoch zwischen der Wolffstraße und der Bahnhofstraße eine erhebliche Überlastung der zur Verfügung stehenden Parkflächen ein.

zu **4.10** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.10 02/2005)**
Vorlage: VO/0080/2005

Wer bearbeitet wie zukünftig den Aufgabenbereich Sozialplanung in der Stadtverwaltung nachdem der Sozialplaner ins Kreisjobcenter gewechselt ist?

Es antwortet der Stadtrat:

Durch den Wechsel des Sozialplaners ins Kreisjobcenter ist dieser Arbeitsbereich

derzeit verwaist. Ob überhaupt und wenn ja, wann diese Stelle wieder besetzt wird, ist derzeit noch völlig offen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Severin (SPD), Köster (PDS/ML) und Chatzievgeniou (SPD) werden ebenfalls durch den Stadtrat beantwortet.

zu **4.11** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 11 02/2005)**
Vorlage: VO/0081/2005

Was müssen Bürgerinnen und Bürger tun, wenn sie für 2 Wochen das mobile Geschwindigkeitsmess- und Anzeigegerät der Straßenverkehrsbehörde in ihrer Straße haben möchten und wie erfahren die Anwohner von den Messergebnissen? (Und insbesondere: Ist das Gerät intelligent genug auszuwerten, ob es sich bei den Rasern um Anlieger handelt oder um reine „Durchreisende"?)

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Ort der Aufstellung wird mit der Verkehrsüberwachung und der Polizei abgestimmt und auf besonders sensible Standorte begrenzt (Ortseingänge, Schulen, Kindergärten u. ä.). Die Aufstellung darf die Verkehrssicherheit für andere Verkehrsteilnehmer wie Fußgänger oder Radfahrer weder durch die verringerte Sichtbarkeit noch durch Inanspruchnahme von den Verkehrsflächen beeinträchtigen. Die Messergebnisse dienen als Grundlage für evtl. weitere Maßnahmen, wie z. B. Radarmessungen, Änderung bzw. Ergänzung der Beschilderung usw.

Die Geschwindigkeitsmessanlage erfasst und zeigt die gefahrene Geschwindigkeit an. Die Erfassung erfolgt nicht kennzeichenbezogen, insofern können auch keine Rückschlüsse aus den erfassten Daten gezogen werden, ob es sich bei den „Rasern" um Anlieger handelt oder um andere Verkehrsteilnehmer.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.12** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 12 02/2005)**
Vorlage: VO/0082/2005

Was geschieht bei der Umgestaltung des Vorplatzes der Elisabethkirche mit dem Kombigebäude, in dem sich Trafostation, WC's und Kirchenkiosk befinden?
Wenn für die Trafostation ein anderer Platz gefunden werden muss, wo wird dieser sein?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Für die Umfeldgestaltung Elisabethkirche ist im November 2004 eine Gesamtplanung in Auftrag gegeben worden. Grundlage für die Umgestaltung ist der Entwurf des ersten Preisträgers. Das beauftragte Büro macht zur Zeit die Bestandsaufnahme und Grundlagenermittlung.

Die Umsetzung der Baumaßnahme ist in sechs Bauabschnitten geplant. Die

ersten Bauabschnitte, d. h. der Bereich des Portals, der Bereich unterhalb der Deutschhausstraße bis zum Firmaneiplatz sollen entsprechend finanzieller Möglichkeiten bis 2007 (800-Jahr-Feier der Heiligen Elisabeth) fertiggestellt werden.

Der sechste und damit letzte Bauabschnitt beinhaltet den Bereich Trafo-Station und ehem. Café Fritz. Die Frage des Ersatzstandortes wird im Rahmen des Entwurfes zum letzten Bauabschnitt geklärt werden.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Keller (Bündnis 90/Die Grünen) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.13** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Frédéric Schwindack (Nr. 13 02/2005) Vorlage: VO/0114/2005**

Im Heft Nr. 2, 2005, des Wirtschaftsmagazins Capital findet sich in einem Vergleichstext, der sich auf 60 so genannte Großstädte bezieht, zwar die Stadt Gießen (im Rang 49), nicht jedoch die Universitätsstadt Marburg - welche Erfolg versprechenden Bemühungen traut sich der Magistrat zu, den Namen Marburg bei solchen Städtevergleichen wenigstens als erwähnenswert erscheinen zu lassen.

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Dem Magistrat ist es gelungen, die positiven wirtschaftlichen Entwicklungsdaten Marburgs (z. B. zeitweise niedrigste Arbeitslosenquote in Hessen, ca. 5.000 zusätzlich sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, hohe Neugründungsquote, Bio- und Nanotechnologie Standort etc.) vielfach zu kommunizieren.

Gleichwohl hat der Magistrat keine Einfluss darauf, Institutionen zu beeinflussen, die sich - sei es wissenschaftlich oder journalistisch - mit sogenannten Rankings beschäftigen.

Was die Wirtschafskraft Marburgs insgesamt angeht ist davon auszugehen, dass Marburg in jedem Fall vor Gießen liegen dürfte - nicht zuletzt vor dem Hintergrund der EU-Förderkulisse, die die Stadt Marburg als wirtschaftsstarken Standort einstuft und ihr im Gegensatz zu Gießen Fördermittel verwehrt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Faecks (BfM-Fraktion) und Köster (PDS/ML-Fraktion) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.14** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Fridhelm Faecks (Nr. 14 02/2005) Vorlage: VO/0100/2005**

Ist es nach Auffassung des Oberbürgermeisters, der zugleich Vorsitzender des Aufsichtsrats der Stadtwerke Marburg GmbH ist, ein Zustand guter Ordnung, dass der Mitgeschäftsführer Norbert Schüren der SWM GmbH ausweislich der MNZ vom 02.02.2005 Stadtverordnete (konkret: Heinz Ludwig, früher CDU, jetzt MBL) öffentlich wegen Kritik am auch rechtlich

zweifelhaften Ausschreibungsantrag von SPD/Grüne zur Wahl von Bürgermeister und Stadtrat abkanzelt, besteht hier nicht nach Maßgabe des abgeschlossenen Geschäftsführerdienstvertrages ein Anspruch der Gesellschaft auf parteipolitische Zurückhaltung der Geschäftsführer?

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Herr Schüren hat sich ausschließlich als Privatperson und außerhalb jeglichen amtlichen Bezugs zu einem derzeit in der öffentlichen Diskussion befindlichen wichtigen kommunalpolitischen Problem geäußert. Ihm steht das Recht der freien Meinungsäußerung zu, wie im übrigen jedem/jeder anderen Bürger/in auch. Die Problematik selbst ist – wie das Ergebnis der Beratung im Haupt- und Finanzausschuss gezeigt hat – in der angesprochen Form auch in rechtlich nicht zu beanstandener Weise lösbar. Nach meiner Auffassung sind deshalb rechtsstaatliche Prinzipien eingehalten.

Zu der politischen Auseinandersetzung, die natürlich auch mit der angesprochenen Problematik verbunden ist, werde ich mich im Amt des Oberbürgermeisters an dieser Stelle nicht äußern.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Faecks (BfM) und Ludwig (MBL) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 17.59 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Schulze-Stampe (SPD) die Sitzungsleitung.

zu **4.15** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Johanna Seelig (Nr. 15 02/2005)**
Vorlage: VO/0093/2005

Ist der Magistrat bereit, sich für das auch vom Seniorenbeirat formulierte Anliegen einzusetzen, dass an der Kreuzung der Beltershäuser Straße mit den Straßen Sonnenblickallee/Am Köppel eine Straßen- (bzw. Kreuzungs-) Beleuchtung installiert wird, um damit die Sicherheit der die Kreuzung querenden Fußgänger wesentlich zu erhöhen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Der Wunsch zur Ausleuchtung dieses Kreuzungsbereiches ist seit den 80er - Jahren immer mal wieder geäußert worden.
In der Vergangenheit wurde die Errichtung der Beleuchtungsanlage aus Kostengründen zurückgestellt.

Eine punktförmige Ausleuchtung des Kreuzungsbereiches ohne Adaptionsstrecken ist auf Grund des großen Verkehrsaufkommens und der zulässigen Geschwindigkeit > 50 km/h nicht zulässig.
Der u. E. erforderliche Mindeststandard einer Beleuchtungsanlage würde die Errichtung von zwei 4-fach-Leuchten auf den Kreuzungsinseln, je 3 Leuchten im Bereich der Beltershäuser Straße nach oben und unten sowie je eine Leuchte in der Sonnenblickallee und der Straße Am Köppel erforderlich machen.

Die Kostenschätzung für eine derartige Beleuchtungsanlage beträgt ca. 46.000,00 €. Vor dem Hintergrund der städtischen Haushaltslage und den

Einsparbemühungen bei den Stromkosten kann dem Anliegen des Seniorenbeirates nicht entsprochen worden.

zu **4.16** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Eva Christiane Gottschaldt (Nr. 16 02/2005)**
Vorlage: VO/0099/2005

Ist an allen Marburger Schulen gewährleistet, dass von den Eltern der Schüler/innen nur Käufe zusätzlicher Lehrmaterialien (z. B. Zirkel, Taschenrechner, Malfarben, Turnschuhe...) verlangt werden, die auch von Empfängern von ALG II oder Sozialhilfe problemlos finanziert werden können und achten die Lehrer/innen darauf, ihre Unterrichtsplanung mit den finanziellen Möglichkeiten der Familien ihrer Schüler/innen in Einklang zu bringen?

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Anfrage fällt in den Zuständigkeitsbereich des Staatlichen Schulamtes. Von dort ist folgende Stellungnahme eingegangen:

„Nach Art. 59 Abs. 1 Hessische Verfassung i. V. m. § 3 Abs. 10 Hessisches Schulgesetz besteht an allen öffentlichen Schulen des Landes Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit, unabhängig vom Einkommen der Eltern bzw. der Schülerinnen und Schüler. Die Lernmittelfreiheit umfasst sämtliche Lehrbücher, sonstige Schriften und Gebrauchsgegenstände und Verbrauchsmaterialien, die von den Schülerinnen und Schülern im Unterricht verwendet werden. Dazu zählen auch einfache Taschenrechner und - unter bestimmten Voraussetzungen - elektronische Medien.
Nicht zu den Lernmitteln zählen Gegenstände des persönlichen Bedarfs (Papier, Hefte, Blöcke, Ordner, Farben, Schreib- und Zeichengeräte). Diese Materialien sind daher von den Schülerinnen und Schülern bzw. deren Eltern zu stellen.

Bekleidung, auch Sportbekleidung wie z.B. Turnschuhe, werden ebenfalls nicht vom Land gestellt. Da der Sportunterricht ohne spezielle Kleidung aber nicht durchgeführt werden kann, muss von den Schülerinnen und Schülern bzw. deren Eltern die Bereitstellung dieser Kleidung erwartet werden. Hierbei darf die Schule allerdings auf die Preisgestaltung der zu beschaffenden Kleidung (bestimmte Marke etc.) keinerlei Einfluss nehmen.

Inwieweit bei der Bemessung der Sozialhilfe- bzw. ALG-II-Sätze der zusätzliche Bedarf einer Schülerin oder eines Schülers bzw. seiner Eltern bereits berücksichtigt wurde, oder ob es ggf. Möglichkeiten zusätzlicher Unterstützung gibt, entzieht sich meiner Kenntnis."

Zusatzfragen der Stadtverordnten Sell (SPD), Gottschaldt (PDS/ML) sowie Dersch und Mehnert (CDU) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

Damit ist die Fragestunde beendet. Die restlichen Anfragen werden schriftlich beantwortet (siehe Anlage).

zu **5** **Bericht des Kinder- und Jugendparlaments**

Der Stadtverordnetenvorsteher führt in den Tagesordnungspunkt ein und berichtet, dass die Vertreter und Vertreterinnen der Kinder- und Jugendparlaments zum 5. mal Gelegenheit haben, vor der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht abzugeben. Der Bericht wird von 5 Vorstandsmitgliedern des 4. Kinder- und Jugendparlaments vorgetragen, es sind dies im einzelnen:

Kristin Wutzke (Vorsitzende)
Franziska Sack
Manuel Fichtner
Ayleen Walter
Simon Rommelspacher

Die Abgeordneten berichten abwechselnd zu folgenden Themen:

- Fahrradweg Ginseldorf / Bauerbach
- Fußbecken im Aquamar
- Fußgängerüberweg in Schröck
- Nachtbus
- Berlinfahrt
- Schülerzeitung
- Besuch Jugendbüro Oberursel
- Freiwilligenagentur im Landratsamt
- Veranstaltungen des KiJuPa

Weiterhin wird Stellung bezogen zu der guten Zusammenarbeit mit Magistrat und Stadtverordnetenversammlung. Auf den guten Kontakt zu der Marburger Neuen Zeitung und der Oberhessischen Presse wird hingewiesen. Als Resümee bringen die Abgeordneten des Kinder- und Jugendparlaments zum Ausdruck, dass sie durch die politische Betätigung viel gelernt haben, manches besser verstehen und auch insgesamt interessierter an der Politik und am Tagesgeschehen geworden sind. Sie wünschen sich weiterhin durch die heimische Politik ernst genommen zu werden und bitten um rege Beteiligung der Stadtverordneten und Magistratsmitglieder bei ihren Sitzungen.
Im März finden Neuwahlen zum 5. Kinder- und Jugendparlament statt.

In einem Schlusswort dankt der Stadtverordnetenvorsteher für das große Engagement der Jugendlichen und lädt den Vorstand des Kinder- und Jugendparlaments als besonderes Zeichen des Dankes und der Anerkennung zu einem Pizzaessen ein.

zu **6** **Gültigkeit der Direktwahl des Oberbürgermeisters am 30. Januar 2005**
Vorlage: VO/0060/2005

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Becker (SPD-Fraktion).

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnentenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Der Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl vom 13.02.2005, eingegangen 15.02.2005, wird zurückgewiesen.**

2. **Die Direktwahl des Oberbürgermeisters der Universitätsstadt Marburg am 30. Januar 2005 ist gültig.**

zu **7** **Neuwahl einer Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk Marburg VII (Wehrda)**
Vorlage: VO/0012/2005

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Köster (PDS/ML). Der Ausschuss hat in seiner heutigen Sitzung über die Vorlage beraten. Dem Ausschuss lag nur der in der Vorlage genannte Wahlvorschlag von SPD und PDS/ML-Fraktion vor, den bisherigen Amtsinhaber Wolfgang Mende erneut zu wählen.

Zur Vereinfachung des Verfahrens hat sich der Ausschuss für offene Abstimmung ausgesprochen.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt den Wahlvorschlag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Herr Wolfgang Mende, geb. 18.06.1947, wohnhaft Magdeburger Str. 11, 35041 Marburg-Wehrda wird zum Schiedsmann für den Schiedsamtsbezirk Marburg VII (Wehrda) gewählt.

zu **8** **Wahl von 2 Mitgliedern für den Vorstand der Stiftung St. Jakob**
Vorlage: VO/0049/2005

Die Vorlage wurde vom Magistrat bis zur Märzsitzung zurückgestellt.

zu **9** **Übernahme einer Bürgschaft für die GeWoBau**
hier: 214.500 € für das Solarstromprojekt
Vorlage: VO/0034/2005

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Marburg übernimmt gemäß § 104 Abs. 2 i. V. mit § 51 Ziff. 15 HGO eine Ausfallbürgschaft für die Gemeinnützige Wohnungsbau GmbH (GeWoBau) bis zur Höhe von 214.500 €.

Die Bürgschaft dient zur Sicherung der Einlagen der Privatanleger im Photovoltaik-Projekt 2004.

Für die Bürgschaft hat die GeWoBau eine Bürgschaftsprovision von 0,5 %

des jeweils verbürgten Restbetrages zu leisten.
Die Bürgschaft bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

zu **10** **Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses 2004 der Stiftung St. Jakob**
Vorlage: VO/0886/2004

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordnete Becker (SPD-Fraktion). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Aussprache wurde angemeldet.

In der Stadtverordnetenversammlung wird von der PDS/ML-Fraktion jedoch auf die angemeldete Aussprache verzichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der PDS/ML-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Gemäß § 9 Abs. 2 der Verfassung der Stiftung St. Jakob wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche in Frankfurt/M. mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2004 der Stiftung St. Jakob beauftragt.

zu **11** **Dringlichkeitsanträge**

Es liegen keine Dringlichkeitsanträge vor, die abzustimmen sind.

zu **12** **Anträge der Fraktionen**

zu **12.1** **Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Ausschreibung der Stellen einer/s Bürgermeisters/Bürgermeisterin und eines/r Stadtrates/Stadträtin**
Vorlage: VO/0036/2005

Der Tagesordnungspunkt 12.1 wird zusammen aufgerufen mit dem Tagesordnungspunkt 12.5 (Antrag der BfM-Fraktion betr. Besetzung des nach dem Ergebnis der OB-Direktwahl vom 30.01.2005 frei werdenden Magistratspostens des hauptamtlichen Stadtrats / der hauptamtlichen Stadträtin) und 12.8 (Antrag der CDU-Fraktion betr. Personalentwicklung in den Dezernaten) und beraten.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD-Fraktion). Der Tagesordnungspunkt ist im Ausschuss ausführlich erörtert worden. Der Antrag wurde abgeändert und ergänzt. Die aktuelle Fassung liegt allen Stadtverordneten heute als Tischvorlage vor. Der Bericht zu Ziffer 2 der Antragsformulierung soll bis zur Aprilsitzung vorgelegt werden.

Auch der von der Verwaltung vorgeschlagene Zeitplan liegt in der Stadtverordnetenversammlung aus.

Über die Ziffern 1 und 2 des Antrages wurde im Ausschuss getrennt abgestimmt. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu Ziffer 1 mehrheitlich

Zustimmung.

Zu Ziffer 2 empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig die Zustimmung.

Aussprache wurde angemeldet.

Der Antrag Tagesordnungspunkt 12.5 wurde ebenfalls verändert. Er wird nunmehr vorgelegt von den Fraktionen CDU, BfM und F.D.P.

Die Beschlussformulierung lautet wie folgt:

1. Die Stelle des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin im Magistrat der Universitätsstadt Marburg bleibt bis auf weiteres mindestens bis zum Vorliegen des amtlichen Endergebnisses der Kommunalwahlen 2006 unbesetzt.

2. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

    a. für welche Aufgaben und wie viele Mitarbeiter die einzelnen Dezernenten zur Zeit zuständig sind.

    b. Wie sich die Anzahl der Mitarbeiter/innen in den letzten zwei Jahren verändert hat, wie die Mitarbeiterzahlen an den Stichtagen 1. April 1995, 1. April 2000 und 1. April 2005 aussah bzw. aussehen wird und wie sich die zukünftige Mitarbeiterzahl voraussichtlich darstellen wird.

Auch diese geänderte Beschlussformulierung liegt allen Stadtverordneten als Tischvorlage vor.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Ablehnung dieses geänderten Antrages. Der Stadtverordnete Röllmann (F.D.P) hat die Aussprache angemeldet.

Der ursprüngliche Antrag Tagesordnungspunkt 12.5, vorgelegt von der BfM-Fraktion, wurde zurückgezogen.

Der Tagesordnungspunkt 12.8, Antrag der CDU-Fraktion betr. Personalentwicklung in den Dezernaten, wurde im Haupt- und Finanzausschuss zurückgezogen und ersetzt durch den neuen gemeinsamen Antrag TOP 12.5 (CDU, BfM, F.D.P).

Zur Sache spricht der Oberbürgermeister. Er erläutert die Rechtslage und geht auch auf den ausliegenden Zeitplan ein. Weiter zur Sache sprechen die Stadtverordneten Acker (SPD), Heubel (CDU), Faecks (BfM), Röllmann (F.D.P), Metz (PDS/ML), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen) und Oppermann (CDU).

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt zunächst über den Tagesordnungspunkt 12.1 in der vom Haupt- und Finanzausschuss geänderten Fassung, die allen Stadtverordneten vorliegt, abstimmen und zwar getrennt nach Ziffer 1 und Ziffer 2.

Zu Ziffer 1.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PDS/ML, Nein-Stimmen aus CDU, F.D.P, BfM und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

a) Zum nächstmöglichen Zeitpunkt werden die Stellen einer/s hauptamtlichen Bürgermeisters/Bürgermeisterin und eines/r hauptamtlichen Stadtrates/Stadträtin der Universitätsstadt Marburg zur Neubesetzung ausgeschrieben.

b) Der Wahlvorbereitungsausschuss wird beauftragt, umgehend die

Ausschreibung der Stellen vorzubereiten.

c) Die Neubesetzungen der Stellen sollen nach der Durchführung des Ausschreibungs- und Auswahlverfahrens nach dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Zeitplan erfolgen.

Die Stellen sollen zum 1. Juli 2005 neu besetzt werden.

Zu Ziffer 2.:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

a) für welche Aufgaben und wie viele Mitarbeiter/innen innerhalb der Stadtverwaltung die einzelnen Dezernenten zur Zeit zuständig sind;

b) wie sich die Anzahl der Mitarbeiter/innen in der Stadtverwaltung in den letzten beiden Jahren verändert hat, wie die Mitarbeiter/innenzahlen an den Stichtagen 1. April 1995, 1. April 2000 und 1. April 2005 aussah bzw. aussehen wird und wie sich die zukünftige Mitarbeiter/innenzahl voraussichtlich darstellen wird;

c) für welche Unternehmen bzw. Unternehmensbeteiligungen der Stadt Marburg die Dezernenten verantwortliche sind bzw. die Interessen der Stadt Marburg in den Unternehmensgremien vertreten;

d) wie die Anzahl der Mitarbeiter/innen der Unternehmen an den Stichtagen 1.4.1995, 1.4.2000, 1.4.2005 aussah bzw. aussehen wird und wie sich die künftige Mitarbeiter/innenzahl voraussichtlich darstellen wird;

e) wie sich zu den genannten Stichtagen die Bilanzsummen der Unternehmen entwickelt haben und

f) wie sich seit 1955 die Bürgschaftsverpflichtungen der Stadt Marburg gegenüber den genannten Unternehmen entwickelt haben.

Beschlussfassung zu TOP 12.5

In der Neufassung des Haupt- und Finanzausschuss (Antrag CDU, BfM, F.D.P):

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, FDP und BfM, Nein-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS/ML und bei Enthaltung der MBL-Fraktion folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Die Neugefassten Anträge TOP 12.1 und TOP 12.5 liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.

Zu TOP 12.8

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss zurückgezogen. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu **12.2** **Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Landesausstellung über das Leben und Wirken der Heiligen Elisabeth**
Vorlage: VO/0040/2005

Der Antrag wird zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 12.7 (Antrag der FDP-Fraktion betr. Jubiläum der Heiligen Elisabeth im Jahr 2007) aufgerufen.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Daser (SPD-Fraktion). Die Anträge wurden im Schul- und Kulturausschuss ausführlich diskutiert und zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen umgewandelt.

Der neue gemeinsame Antrag soll allen Stadtverordneten als Tischvorlage vorgelegt werden. Der Antrag hat folgenden Text:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, weiterhin mit der Hessischen Landesregierung Verhandlungen zu führen, damit auch in Marburg eine Landesausstellung und kulturelle und soziale Projekte in Zusammenarbeit mit der Universität und weiteren Institutionen, die einen Beitrag leisten können, über das Leben und Wirken der Heiligen Elisabeth im Jahr 2007 stattfinden können.

In regelmäßigen Abständen Bericht darüber zu erstatten, was von Seiten der Stadt, dem Land und den Kooperationspartnern diesbezüglich geplant ist.

Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem gemeinsamen Antrag.

Aussprache wurde angemeldet.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD-Fraktion).

Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Beschlussformulierung des gemeinsamen Antrages aus dem Schul- und Kulturausschuss übernommen und zum Gegenstand der Beratung gemacht. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Gottschaldt (PDS/ML), Schwebel (FDP), Keller (Bündnis 90/Die Grünen), Rising Hintz (CDU) und Oberbürgermeister Möller.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, weiterhin mit der Hessischen Landesregierung Verhandlungen zu führen, damit auch in Marburg eine Landesausstellung und kulturelle und soziale Projekte in Zusammenarbeit mit der Universität und weiteren Institutionen, die einen Beitrag leisten können, über das leben und wirken der Heiligen Elisabeth im Jahr 2007 stattfinden können.

In regelmäßigen Abständen Bericht darüber zu erstatten, was von Seiten

der Stadt, dem Land und den Kooperationspartnern diesbezüglich geplant ist.

Von 20.02 Uhr bis 20.20 Uhr hat die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Lassmann Bündnis 90/Die Grünen die Sitzungsleitung übernommen.

zu **12.3** **Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Parkhaus Pilgrimstein Vorlage: VO/0041/2005**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Vorlage ist auch im Sozialausschuss behandelt worden. Auch der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen,

1. **wie die Sicherheit von Frauen im Parkhaus Pilgrimstein verbessert werden kann und ob evt. das Freiburger Modell (Begleitschutz zum Auto) dabei richtungweisend sein kann**
2. **inwieweit „Familienparkplätze eingerichtet werden können, die insbesondere Familien mit Kleinkindern/Kinderwagen ein problemfreies Ein – uns Aussteigen ermöglichen.**

Das Ergebnis ist den Stadtverordneten in der Aprilsitzung mitzuteilen

zu **12.4** **Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Projekt Stolpersteine Vorlage: VO/0042/2005**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU). Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss geändert worden. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Initiative des ASTA das Projekt Stolpersteine in Marburg durchzuführen. Sie erteilt dem Künstler Gunter Demning die Genehmigung, im Einvernehmen mit der städtischen Verwaltung, die Steine zu verlegen.

Aussprache wurde angemeldet.

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Daser (SPD).

Die Vorlage ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Der Schul- und Kulturausschuss hat die Formulierung aus dem Bau- und Planungsausschuss übernommen und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Beschlussfassung.

Die PDS/ML –Fraktion ist dem Antrag beigetreten.

Auf die Durchführung der Aussprache wird verzichtet.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Initiative des ASTA das Projekt Stolpersteine in Marburg durchzuführen. Sie erteilt dem Künstler Gunter Demning die Genehmigung, im Einvernehmen mit der städtischen Verwaltung, die Steine zu verlegen.

zu **12.5** **Antrag der BfM-Fraktion betr. Besetzung des nach dem Ergebnis der OB-Direktwahl vom 30.01.2005 frei werdenden Magistratspostens des hauptamtlichen Stadtrats / der hauptamtlichen Stadträtin**
Vorlage: VO/0045/2005

Der Antrag wurde bereits mit TOP 12.1 zusammen behandelt.

zu **12.6** **Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Konzept zur Schaffung von zusätzlichen Plätzen zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren**
Vorlage: VO/0053/2005

Die Vorlage ist im Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen beraten worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen).

Der Antrag ist im Ausschuss etwas verändert worden. Auf Seite zwei in der zweiten Zeile „heimische Wirtschaft“ wurden die Worte „und die Universität“ eingefügt. In dieser Fassung empfiehlt der Sozialausschuss die Zustimmung zu der Vorlage.

Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Gottschlich (CDU), Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), für den Magistrat Stadtrat Dr. Kahle, die Stadtverordnete Dersch (CDU) und erneut Stadtrat Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten

1. eine Übergangsregelung für das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungsausbaugesetz zu erarbeiten.

2. bis zum 31. Mai – unter Beteiligung der in diesem Bereich tätigen Freien Träger - ein Konzept zu Schaffung von zusätzlichen Plätzen zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Dabei sollen neue Wege der Bedarfsermittlung sowie Vorschläge zur zeitlichen und finanziellen Umsetzung im Mittelpunkt stehen.

Folgende Eckpunkte sollen in dem Konzept u.a. Berücksichtigung finden:

- **Die Entwicklung des Betreuungsangebotes darf nicht zu Lasten bestehender und weiterhin erforderlicher Betreuungsplätze gehen.**

- **Betreuungsplätze in KITAs , die aufgrund zurückgehender Kinderzahlen nicht zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf eine Kindergartenplatz benötigt werden, können unter Berücksichtigung von Qualitätsstandards in Krippenplätze umgewandelt werden oder in alterserweiterte oder Familiengruppen ausgebaut werden. Dabei sind die bisher in Marburg mit diesen Modellen gemachten Erfahrungen hinsichtlich der erforderlichen Ausstattung zu berücksichtigen.**

- **Das Betreuungsangebot soll sich aus einem breiten, vielfältigen Mix verschiedener Gruppenformen – Familienbetreuung (Tagespflege), altersgemischte Gruppen in Kindertagesstätten, Krippen- und Krabbelstuben etc. – in unterschiedlicher Trägerschaft zusammensetzen.**

- **Anzustreben ist der Ausbau von wohnungs- bzw. arbeitsplatznahen Betreuungsplätzen entsprechend dem festgestellten tatsächlichen Bedarf für Kinder unter drei Jahren.**

- **Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren sollte so geplant und konzipiert werden, dass auch Kleinkinder mit Behinderungen integrativ betreut werden können.**

- **Wie bisher sollen für einen flexiblen Umgang mit Bedarfen neue Gruppen auch in variablen Räumlichkeiten durch Anmietung von Wohnungen und Häusern untergebracht werden. Oberstes Kriterium bleibt dabei die Gewährleistung einer qualitätsvollen Betreuung.**

- **Im Zusammenhang mit dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen „Bündnis für Familien“ soll der Magistrat die heimische Wirtschaft und die Universität für ein klares Engagement für die Schaffung von Betreuungsplätze und die Unterstützung von Familien zu gewinnen suchen.**

- **Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Konzepts sollen Vorschläge vorgelegt werden, wie die Gebühren für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren in Krippen, in gemischten Gruppen und in der Tagespflege gestaltet werden könnten.**

- **Das Konzept soll neuere Forschungsergebnisse und Praxisansätze (u.a. Opstapje; Early Excellence Center) zur Stärkung der Eltern- und Erziehungskompetenz berücksichtigen.**

zu **12.7** **Antrag der FDP-Fraktion betr. Jubiläum der Heiligen Elisabeth im Jahr 2007**
Vorlage: VO/0054/2005

Der Tagesordnungspunkt 12.7 wurde bereits mit dem Tagesordnungspunkt 12.2 behandelt.

zu **12.8** **Antrag der CDU-Fraktion betr. Personalentwicklung in den Dezernaten**
Vorlage: VO/0062/2005

Der Antrag wurde bereits unter TOP 12.1 behandelt.

zu **13** **Anträge des Kinder- und Jugendparlaments**

zu **13.1** **Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Fußgängerüberweg in Schröck**
Vorlage: VO/0047/2005

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende geänderte Formulierung zu beschließen:

Der Magistrat möge prüfen, ob im Marburger Ortsteil Schröck in dem Bereich der Schröcker Straße/Zum Elisabethbrunnen ein Fußgängerüberweg eingerichtet werden kann.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Lohse (CDU-Fraktion).

Der Bau- und Planungsausschuss hat sich die Änderung aus dem Umweltausschuss zu eigen gemacht und empfiehlt ebenfalls die Beschlussfassung in dieser Form.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat möge prüfen, ob im Marburger Ortsteil Schröck in dem Bereich der Schröcker Straße/Zum Elisabethbrunnen ein Fußgängerüberweg eingerichtet werden kann.

zu **13.2** **Antrag des Kinder- und Jugendparlaments betr. Nachtbus der Stadtwerke**
Vorlage: VO/0048/2005

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (Bündnis 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dem folgenden geänderten Text:

Es soll geprüft werden, ob ein Nachtbus der Marburger Stadtwerke in Cappel auch den Bereich der Cappler Gleiche bedienen kann; dabei soll auch die Möglichkeit einer vergleichbaren Linienführung zur Abendlinie 2 geprüft werden.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Es soll geprüft werden, ob ein Nachtbus der Marburger Stadtwerke in Cappel auch den Bereich der Cappler Gleiche bedienen kann; dabei soll auch die Möglichkeit einer vergleichbaren Linienführung zur Abendlinie 2 geprüft werden.

zu **14** Kenntnisnahmen

zu **14.1** Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 31.12.2004
Vorlage: VO/0011/2005

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Zusammenstellung der den Fachdiensten und Fachbereichen zugeordneten Budgets Kenntnis.

zu **14.2** Genehmigung des Nachtragshaushaltes 2004
hier: Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen
Vorlage: VO/0031/2005

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Genehmigung des Nachtragshaushaltes 2004 und der Begleitverfügung des Regierungspräsidiums Gießen vom 26. Januar 2005 Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 21.15 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Dr. Weinbach
Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Oppermann
Vorsitzende
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

<u>Anlagen</u>

Dringlichkeitsantrag
Neufassung TOP 12.1
Neufassung TOP 12.5
Schriftliche Beantwortung von Kleinen Anfragen

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:30 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Dr. Weinbach
Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Oppermann
Vorsitzende
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle